



Medienkommentar

Die Angst der EU vor souveränen Nachbarn

Am Donnerstag, den 3. April 2014 veröffentlichte Spiegel online einen Bericht zur Frage: Wie stabil sind die Nachbarstaaten der EU? ...



Sehr geehrte Damen und Herren!

Am Donnerstag, den 3. April 2014 veröffentlichte Spiegel online einen Bericht zur Frage: Wie stabil sind die Nachbarstaaten der EU? Als Indikator wird dabei das Krisenherd-Ranking der Firma „Economist Intelligence Unit“ herangezogen. Dieses Unternehmen beurteilt keines der Nachbarländer als nahezu risikofrei und folgt damit der gängigen Auffassung in der EU-Außenpolitik. Angeblich weisen nur vier der betrachteten 24 Staaten eine vergleichsweise gute Stabilitäts- und Sicherheitslage auf, nämlich: Armenien, Israel, Marokko und Montenegro. Alle anderen Länder werden deutlich schlechter bewertet. In sechs von ihnen wird die Lage sogar als sehr riskant eingestuft. Darunter: der Kosovo, Libyen, Syrien, der Libanon und die Ukraine.

Es fällt auf, dass vor allem die Länder als besorgniserregend bezeichnet werden, die entweder eine geringe Staatsverschuldung aufweisen oder deren Bevölkerung sich nicht uneingeschränkt Europa unterordnen will. Das westlich orientierte Moldawien wird z.B. „gelb“ - also kritisch - bewertet, weil die als „abtrünnig“ bezeichnete Provinz Transnistrien nach Russland schau. Wiederholte Proteste aus der Bevölkerung in Bosnien-Herzegowina passen ebenfalls nicht in das europäische Verständnis von Demokratie. Auch hier die Note „Gelb“. Die von der EU gepuschte neue Regierung in der Ukraine bekommt sogar ein „Orange“, weil es ihr bisher nicht gelungen ist, „das Land [...] ganz unter ihre Kontrolle zu bringen.“ Hingegen: Der mit hunderten von Atomwaffen bestückte Staat Israel - seit Jahrzehnten mit allen Nachbarn im Streit und von Anschlägen heimgesucht - darf sich einer „grünen Bewertung“ freuen.

Worin also begründet sich die Furcht der EU vor seinen Nachbarn? Nachbarländer, die Proteste und Volksentscheide zulassen und aufgrund ihrer geringen Staatsverschuldung auch finanzpolitisch nicht unter Druck gesetzt werden können, könnten leicht Vorbildcharakter für die noch unter Brüsseler Diktat stehenden Länder Europas bekommen. Denn Fakt ist: 2,1 Millionen Venezianer haben sich bereits für eine Unabhängigkeit von Italien ausgesprochen. Die Katalanen entscheiden demnächst über eine Trennung von Spanien – und damit von Europa. Und auch die Schweiz befindet sich in einer Phase der Rückbesinnung auf ihre nationale Souveränität. Da fürchten die Kommissare in Brüssel einen möglichen „Europäischen Frühling“ zu Recht.

Bleiben Sie mit uns dran und beobachten Sie die Entwicklungen in Europa genau. Ihnen einen guten Abend!

von cm.

Quellen:

<http://www.spiegel.de/politik/ausland/ukraine-syrien-aegypten-eu-nachbarn-im-risikoprofil-a-961957.html><http://www.shortnews.de/id/1081929/venezien-offizielles-votum-fuer-unabhaengigkeit-kommt-keine-steuern-nach-rom><http://www.focus.de/politik/ausland/regionalwahl-in-katalonien->

[katalanen-stimmen-ueber-unabhaengigkeit-von-spanien-ab_aid_868150.html](http://www.kla.tv/2725)<http://www.klagemauer.tv/index.php?a=showportal&keyword=allvids&id=2608>

Das könnte Sie auch interessieren:

#Medienkommentar - www.kla.tv/Medienkommentare

Kla.TV – Die anderen Nachrichten ... frei – unabhängig – unzensiert ...



- was die Medien nicht verschweigen sollten ...
- wenig Gehörtes vom Volk, für das Volk ...
- tägliche News ab 19:45 Uhr auf www.kla.tv

Dranbleiben lohnt sich!

Kostenloses Abonnement mit wöchentlichen News per E-Mail erhalten Sie unter: www.kla.tv/abo

Sicherheitshinweis:

Gegenstimmen werden leider immer weiter zensiert und unterdrückt. Solange wir nicht gemäß den Interessen und Ideologien der Systempresse berichten, müssen wir jederzeit damit rechnen, dass Vorwände gesucht werden, um Kla.TV zu sperren oder zu schaden.

Vernetzen Sie sich darum heute noch internetunabhängig!

Klicken Sie hier: www.kla.tv/vernetzung

Lizenz:  *Creative Commons-Lizenz mit Namensnennung*

Verbreitung und Wiederaufbereitung ist mit Namensnennung erwünscht! Das Material darf jedoch nicht aus dem Kontext gerissen präsentiert werden. Mit öffentlichen Geldern (GEZ, Serafe, GIS, ...) finanzierte Institutionen ist die Verwendung ohne Rückfrage untersagt. Verstöße können strafrechtlich verfolgt werden.